

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3762

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3762



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 16. 1. 2022

Inhalt

Schulen stehen stärker im gesellschaftlichen Brennpunkt	1
14.1.2022, Hanspeter Amstutz	1
«Kommt alle wieder herunter!»	3
Tages-Anzeiger, 12.1.2022, Schweiz, Raphaela Birrer	3
Hurra, die Schule spaltet nicht!	5
NZZ, 11.1.2022, Meinung & Debatte, David Biner	5
«Unter zehn Kindern konnte kaum eins das Abc»	6
Journal21, 31.12.2021, von Carl Bossard	6
Mit Bildung ins 21. Jahrhundert	10
NZZ, 10.1.2022, Meinung & Debatte, Leserbriefe	10
Kinder sollen in Kitas Deutsch lernen	10
NZZ, 5.1.2022, Zürich und Region, Giorgio Scherrer	10
Verschärfen Privatschulen die Segregation?	11
NZZ, 8.1.2022, International, Rudolf Hermann, Stockholm	11
So funktioniert Schwedens Schulsystem	14
Warum der Run auf Privatschulen?	15
NZZ, 14.1.2022, Meinung & Debatte, Leserbriefe	15
Ein Jahr Wartezeit für eine Therapie	15
Tages-Anzeiger, 6.1.2022, Schweiz, Alessandra Paone	15
Hochschulen können den Heilpädagogen-Mangel nicht im Alleingang beheben	18
Bildung Schweiz, 12/2021, Anna Walser	18
«Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert?»	20
Zeit-Fragen, 28.12.2021, von Eliane Perret	20

Schulen stehen stärker im gesellschaftlichen Brennpunkt

14.1.2022, Hanspeter Amstutz

In unseren Schulen wird die Aufrechterhaltung des regulären Schulbetriebs immer schwieriger. Da bei der ohnehin schon knappen Personaldecke viele Lehrpersonen durch Corona-Ansteckungen in Quarantäne sind, werden im Kanton Zürich die letzten Personalreserven mobilisiert. Mancherorts müssen sogar unausgebildete Hilfskräfte eingesetzt werden. Schulleitungen wissen kaum noch, wie sie erkrankte Lehrpersonen ersetzen können. Trotz widrigster Umstände unternehmen die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer jedoch alles, den Kindern einen guten Unterricht zu bieten.

Umso unverständlicher ist es, dass es eine kleine Minderheit von Eltern gibt, welche der Lehrerschaft mit heftiger Kritik an den Corona-Massnahmen in den Rücken fällt. Die einen finden den Spucktest eine Zumutung, andere können sich nicht vorstellen, dass ihr Kind



eine Maske tragen soll. Sie richten ihre Vorwürfe ganz direkt an die Klassenlehrer und drohen mit Sanktionen aller Art.

In einem eindrücklichen Interview nimmt die Präsidentin der grössten Zürcher Elternvereinigung in unserem ersten Beitrag Stellung zur aktuellen Situation in der Volksschule. Präsidentin Gabriela Kohler kritisiert das Vorgehen militanter Eltern scharf. Sie befürchtet zu Recht, dass die an die falsche Adresse gerichtete Kritik zu einer Abwehrhaltung in der Lehrerschaft führt und künftig eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus erschwert. Ihr Aufruf, in der Krise zusammenzustehen und die Arbeit der Lehrerschaft durch das Mittragen von zweckmässigen Massnahmen zu unterstützen, ist ein starkes Zeichen von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein.

Schulen als stabiler Hort in der Coronakrise

Auch der Beitrag von David Biner zur Coronakrise erinnert daran, dass gelebte Solidarität jetzt wichtiger ist als kaum erfüllbare Forderungen an die Schule zu stellen. Die Schule ist für viele Kinder ein Hort der Stabilität im Sturm der Krise. Sie bietet auch unter erschwerten Bedingungen noch immer bessere Bedingungen zum Lernen als ein wenig ergiebiger Fernunterricht und ihre Integrationskraft ist unübertroffen. Mit ihrem mutigen Aufruf zu mehr Gelassenheit in der Krise und mehr Respekt für die Arbeit der Lehrkräfte hat Gabriela Kohler eine beispielhaft klare Haltung eingenommen.

Vielleicht hilft einigen ein Blick in die Geschichte, um unsere Jugend etwas weniger als Opfer restriktiver Massnahmen zu sehen. Carl Bossard, profunder Kenner unseres Schulwesens, erinnert an die furchtbaren Monate des Franzoseneinfalls in Nidwalden im Jahr 1798. Der gescheiterte heldenhafte Aufstand der Zentralschweizer gegen die Besatzungsmacht brachte unermessliches Leid in die Gegend um Stans. In dieser Not wurde Johann Heinrich Pestalozzi nach Stans berufen, um unzählige Waisenkinder zu betreuen. Pestalozzi gelang es, den bis auf die Knochen abgemagerten Kindern zu helfen und ihnen Mut zu machen, Lesen und Schreiben zu lernen. Wer das Elend der damaligen Zeit und die primitiven Mittel für die Gestaltung des Unterrichts vor Augen hat, wird die Not unserer Tage zweifellos etwas relativieren.

Die Frage der Wirksamkeit von Reformen rückt wieder in den Vordergrund

Im Mittelteil unseres Newsletters finden Sie einen bemerkenswerten Leserbrief von Armin Tschenett. Der Berufsschullehrer unterstreicht die Bedeutung der Lehrkraft im Unterricht und fordert mehr Investitionen in eine praxisnahe Lehrerbildung. Seine kritische Einstellung gegenüber dem selbstorganisierten Lernen begründet er mit der fehlenden Reife vieler Schüler für diese anspruchsvolle Unterrichtsform.

Wie zentral die direkte Zuwendung von Betreuenden zu den Kindern ist, zeigt ein Bericht über erfolgreiche sprachliche Förderung in den Kitas der Stadt Zürich. Kinder mit rudimentärem Grundwortschatz sollen durch ausgebildete Betreuerinnen möglichst in Gespräche verwickelt werden und in einem lebendigen Dialog Deutsch lernen.

Manchmal hilft auch ein Blick über unsere Grenzen hinaus, um sich ein Bild über fragwürdige Schulreformen machen zu können. Lange Zeit galt Schwedens Bildungspolitik als vorbildlich in Europa. Doch die Ergebnisse der PISA-Tests stellten den staatlichen Reformschulen in Schweden kein sehr gutes Zeugnis aus. Besser schnitten die durch Bildungsgutscheine unterstützten leistungsorientierten Privatschulen ab. Dies hat zur Folge, dass viele Privatschulen nun von Anmeldungen überhäuft werden und ihre Aufnahmekriterien verschärft haben. Dadurch funktioniert der erhoffte offene Wettbewerb zwischen den Schulen nicht mehr. Wie der spannende Bericht zeigt, ist zurzeit eine heftige Diskussion über Schwedens Schulen im Gang.

Einen treffenden Kommentar zur Entwicklung in Schweden hat Bildungsfachmann Hans-



Peter Köhli verfasst. In seinem Leserbrief zieht er Vergleiche zum Lehrplan 21 und hofft, dass der Bericht aus Schweden auch unseren Politikern die Augen öffnet.

Sonderpädagogische Konzepte auf dem Prüfstand

Im dritten Themenblock geht es um den chronischen Mangel an therapeutischen Fachleuten und die Frage, ob die Integration an unserer Volksschule gescheitert sei. Tatsache ist, dass der Bedarf an Logopädinnen und Heilpädagogen ständig steigt und nicht mehr abgedeckt werden kann. Die Forderung nach personeller Aufstockung liegt auf der Hand. Doch die starke Zunahme der Therapiefälle wäre eigentlich Grund genug, den Ursachen dieser Entwicklung endlich nachzugehen.

In seinem Buch über die schulische Integration setzt sich Beat Kissling kritisch mit den aktuellen Förderkonzepten auseinander. Der praxiserprobte Autor schafft es, die heilpädagogische Arbeit weiter zu fassen und grundsätzliche Fragen zum Lernen aufzugreifen. Wesentliche Erkenntnisse aus der Heilpädagogik sollen ins „normale“ schulische Lernen einfließen. Eliane Perret empfiehlt uns das Buch wärmstens, da der Autor frei von ideologischen Fixierungen in der Sonderpädagogik ist und das Einfühlen, Verstehen und Motivieren als zentrale Aufgabe der Lehrpersonen sieht.

Die Texte haben es in sich. Das führt ein wenig zur Qual der Wahl. Aber Sie werden auf jeden Fall in wichtigen bildungspolitischen Fragen auf Ihre Rechnung kommen.

Für die Redaktion Starke Volksschule Zürich

Hanspeter Amstutz

«Kommt alle wieder herunter!»

Tages-Anzeiger, 12.1.2022, Schweiz, Raphaela Birrer

Omikron und Schulen • Das Virus grassiert - und vielerorts drohen Eltern den Lehrpersonen wie kaum zuvor. Gabriela Kohler, Chefin des Elternverbands, sagt, warum sich Väter und Mütter radikalisieren.

Frau Kohler, Omikron droht die Schulen lahmzulegen. Fürchten Sie sich vor einem Systemkollaps?

Die Schulen rotieren wegen der vielen Omikron-Fälle bei den Kindern im Moment stark. Die erkrankten Lehrpersonen verschärfen die Situation zusätzlich. Es ist äusserst schwierig, Stellvertretungen zu finden. In Zürich gibt es sogar Sonderbewilligungen, damit mehr Aushilfen spontan einspringen können. Im Moment werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit die Schule trotzdem stattfinden kann. Ein regulärer Unterricht ist aber sicher nicht möglich.

Wäre ein Fernunterricht nicht die einfachere Lösung?

Im Lockdown hat sich gezeigt, dass Schulschliessungen noch schlimmer sind als das, was im Moment abgeht. Sowohl die Pädagogen als auch Bildungswissenschaftlerinnen sind überzeugt, dass die Isolation und die beengten, teils unbetreuten Verhältnisse zu Hause für die Kinder viel gravierender sind als ein eingeschränkter Unterricht in den Schulen. Wir müssen uns also zwischen Pest und Cholera entscheiden. Die nächsten zwei Monate werden für Schulen, Eltern und Kinder so oder so zur Zerreissprobe.

Vielorts setzen Eltern die Lehrer mit aggressiven Mitteln unter Druck, um ihre Kinder von den Massnahmen zu befreien. Woher kommt diese Aggressivität?

Ich bin ratlos. Unsere Elternorganisation wurde auch Zielscheibe solch aggressiven



Verhaltens. Als wir wie vorgeschrieben unsere Jahrestagung mit Zertifikatspflicht durchführten, haben wir ganz böse Mails erhalten: Wir würden die Gesellschaft spalten, Eltern ausschliessen. In dieser schwierigen Zeit sind viele Menschen in Aufruhr. Je länger die Pandemie dauert, desto mehr steigern sie sich in etwas hinein. Teilweise lassen sie den gesunden Menschenverstand vermissen, das finde ich ganz schwierig. Dabei sollten wir zum Dialog und zu einer respektvollen Gesprächskultur zurückkehren. Mein Appell: Kommt alle wieder herunter!

Im Verlauf der Pandemie scheint in der Elternschaft eine Radikalisierung stattgefunden zu haben. Zu Beginn waren viel weitreichendere Massnahmen wie der Fernunterricht weniger umstritten. Heute wird bis vor Gericht gegen Masken gekämpft.

Das ist ein Ventil. Bereits vor der Pandemie gab es eine kleine Gruppe sehr kritischer Eltern, die den Schulen viel Aufwand verursachte. Weil dieses renitente Verhalten häufiger in den Medien zitiert wurde, übertrug sich das schlechte Image auf alle Eltern. Und die Lehrpersonen wappneten sich vorsorglich vor allen Elternkontakten. Dadurch wurde auch der Dialog mit «normalen» Eltern schwieriger. Dabei ist ein grosser Teil zufrieden mit den Schulen. Auch in der Pandemie: Die meisten Eltern halten sich an die Massnahmen und unterstützen die Schulen. Aber die kleine, renitente Gruppe wird jetzt zunehmend grösser und stört den Betrieb. Die Mitarbeitenden in den Schulen brauchen gerade eine ganz dicke Haut.

Gab es Phasen, in denen Eltern ähnlich stark opponiert haben - etwa bei der Einführung des Lehrplans 21? Oder erreichen wir hier eine neue Dimension?

Auch bei der Einführung des Lehrplans 21 haben Eltern in Chats haarsträubende Verschwörungstheorien gegen die Sexualkunde verbreitet. Das war abstrus, aber nicht wirklich bedrohlich. Aktuell ist der Konflikt in der Elternschaft hochpolitisch. Entweder gehört man zur einen oder zur anderen Seite. Das führt zu einer Radikalisierung der Positionen. Aber es gibt bei den Eltern eine schweigende Mitte zwischen diesen Lagern. Aus der hohen Zustimmung zum Covid-Gesetz lese ich auch, dass der grössere Teil der Elternschaft die Einschränkungen mitträgt.

Am anderen Extrempol stehen die übervorsichtigen Eltern, welche die Schulen harsch für die «Durchseuchung» der Kinder kritisieren.

Ich finde beide extremen Haltungen schwierig. Wobei ich die ängstliche noch etwas besser verstehe als die realitätsverweigernde, auf alternativen Fakten beruhende. Für ein Kind mit Vorerkrankung kann eine Ansteckung lebensbedrohlich sein. Zudem weiss man noch wenig über die Folgen von Long Covid und dem Pims-Syndrom. Aber jene, die immer nach mehr Massnahmen schreien, sehen nur in der Einschränkung aller das Allheilmittel. Wir können die Kinder nicht in Watte packen, schliesslich wissen wir nicht, wie lange das alles noch dauert. Für ein siebenjähriges Kind sind zwei Jahre eine lange Zeit.

Welche Folgen haben die Gehässigkeiten für die Beziehung der Schulen zu den Eltern und deren Kindern?

Der Corona-Konflikt schadet den Eltern, die sich angemessen verhalten und eine gute Zusammenarbeit mit der Schule suchen. Sie werden pauschal auch in diese Schublade gesteckt. Zudem überträgt sich die Art, wie die Eltern über die Schule reden, auf die Kinder. Deswegen wird die Beziehung zwischen den Kindern und ihren Lehrpersonen darunter leiden. Eine gute Lernbeziehung ist aber essenziell für den Schulerfolg der Kinder.

Viele Eltern nehmen jetzt ihre Kinder aus der Schule und unterrichten sie zu Hause. Eine valable Option?

Das Kind aus der Schule nehmen - nur weil man mit den Massnahmen nicht einverstanden ist? Das ist doch eine Illusion. Nicht jeder kann Lehrer sein. Dafür braucht es lange



Schuljahre und ein pädagogisches Studium. Viele Eltern haben ja nur schon Mühe, ohne Kämpfe mit ihren Kindern Hausaufgaben zu machen. Mit dem Homeschooling stempeln sie ihre Kinder zum Sonderfall, der Kontakt zu den Klassenkameraden geht verloren. Unsere Organisation hat in einer Umfrage zum Fernunterricht gefragt, was den Kindern dabei am meisten fehlt. Die Antwort: die Gspäändli und die Lehrpersonen.

Aktuell sind Tausende Eltern in Quarantäne, manche endlos, weil immer wieder neue Familienmitglieder angesteckt werden. Wie geht es den Eltern in dieser Welle?

Ganz sicher schlecht. Es kann ja nicht anders sein. Aber wir sitzen alle im gleichen Boot. Niemand ist schuld an dieser Situation. Niemand hat Spass daran, sich einzuschränken. Alles ist der Pandemie geschuldet. Dass jetzt Eltern in mehreren Kantonen die Lehrpersonen für die Folgen des Maskentragens haftbar machen wollen, ist verwerflich. Für die Beziehung zwischen Eltern und Schulen ist das Gift. Wir werden nach Corona einen Scherbenhaufen haben. Ich mache mir grosse Sorgen deswegen.

Lüftung, Masken, Massentests: Die Schulen stehen seit Beginn der Pandemie in der Kritik, Massnahmen zu spät und zu zögerlich umzusetzen. Teilen Sie die Meinung?

Jetzt hätte man doch schneller reagieren können! Das habe ich manchmal auch gedacht. Aber unser demokratisches System erfordert nun einmal Zeit mit all den Konsultationen. Nur so werden die Massnahmen auch breit getragen.

Also alles bestens in der Pandemiebekämpfung?

Nein, sicher sind Fehler passiert. Was ich zum Beispiel wirklich nicht verstehe: Man weiss seit Jahren, dass die Luftqualität in den Schulen nicht gut ist. Und doch bewegt sich kaum etwas. Wenn überhaupt, setzt man jetzt auf CO2-Geräte, derentwegen alle zehn Minuten gelüftet werden muss. Die Kinder sitzen dann in den Winterjacken im Durchzug. Luftreinigungsgeräte mit Virenfiltern hingegen würden auch gegen Erkältungsviren wirken. Das wäre eine unumstrittene Massnahme, auf die sich Massnahmengegner und -befürworterinnen einigen könnten.

Chefin des Eltern-Dachverbands

Gabriela Kohler-Steinhauser ist Präsidentin der kantonalen Elternmitwirkungsorganisation (KEO) in Zürich, dem Dachverband aller Elternmitwirkungsorgane im Kanton. Dieser vertritt Eltern von weit über 100'000 Schülerinnen und Schülern im Kanton. Im Unterschied zu zahlreichen während der Pandemie gegründeten Elternzusammenschlüssen ist die KEO seit zehn Jahren institutionell verankert und in bildungspolitische Entscheidungsprozesse eingebunden. Die 56-jährige Kohler-Steinhauser ist dreifache Mutter und präsidiert die Organisation seit deren Gründung. (red)

Hurra, die Schule spaltet nicht!

NZZ, 11.1.2022, Meinung & Debatte, David Biner

Eltern halten sich für Schulexperten, weil auch sie früher die Schulbank gedrückt haben. Die Schule weckt kollektive Emotionen wie beim Fussball und betrifft alle wie bei einer Pandemie. Der grosse Unterschied: Bei der Schule geht es nicht um Sportler, die dank ihren Löhnen bereits vorgesorgt haben. Geht es um Schule, geht es um das Wohl der Kinder und somit um die Zukunft einer Gesellschaft. Geht es um die Kinder, geht es um alles.

Die Schule war schon immer ein Spannungsfeld zwischen Pädagogen, Politik und Eltern. Bildungspolitik ist auch immer Erziehungspolitik. Und je näher der Staat an den Familien heranregiert, desto wachsamer sollten die Eltern sein, umso kritischer die Kinder



dereinst werden. Egal ob Sexkoffer, «Mille feuilles» oder Antonius als Klimaheiliger im Religionsunterricht: Die Schule lebt von diesen gesellschaftlichen Debatten, die sie oft im Kleinen und im Lokalen abbildet. Bei Corona ist das nicht anders.

Es ist nichts falsch daran, wenn Eltern in der bernjurassischen Gemeinde Tavannes friedlich auf die Strasse gehen gegen die Maskenpflicht an Schulen für unter Zwölfjährige. Ebenso berechtigt sind die Anliegen jener Eltern, die sich für einen schnelleren Zugang zur Kinderimpfung starkmachen. Gleichzeitig droht die Schule nun vermehrt zwischen die Fronten von Massnahmegegnern und Massnahmenbefürwortern zu geraten. Nach zwei Jahren wird sie von einem latenten Neben- zu einem der explosiven Hauptschauplätze der Pandemie und deren Glaubenskriege. Eltern aus beiden Lagern drohen damit, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen und sie daheim zu unterrichten.

Die unnachgiebige Sicht der Eltern auf die Pandemie und deren Bekämpfung schadet der Schule als Institution. Und sie schadet den Kindern. Die Welt da draussen mag verrücktspielen, in der Schule haben sie Struktur, Regeln und Bezugspersonen. Hier ist es egal, ob Omikron eine Wand, ein Tsunami oder einfach eine weitere Viruswelle ist. Das Klassenzimmer ist für die Kinder ein Ort der Stabilität in diesen bewegten Zeiten.

Eltern, die immer noch vergeblich auf den Luftfilter im Schulgebäude warten oder die vorübergehende Maskenpflicht für unzumutbar halten, müssen sich zumindest fragen, ob sie ihren Kindern beim Homeschooling diese vertraute Beständigkeit bieten können. Sie müssen sich fragen, ob sie die besseren Lehrer sind.

Bei allen möglichen Einwänden im Hinblick auf die zu vielen oder zu wenigen Massnahmen: Die Resilienz der Volksschule geht weit über die epidemiologischen Aspekte hinaus. Anders als zu Hause hat im Klassenzimmer die kleine Maria die gleichen Voraussetzungen wie der kleine Mohammed. Die Begabten nehmen hier Rücksicht auf die Träumer, die Lernschwachen müssen sich ranhalten. Allen wird geholfen, die Volksschule bleibt auch in Seuchenzeiten eine Integrationsmaschine. Sie spaltet nicht – und soll deshalb auch nicht gespalten werden.

Natürlich steht und fällt dieses idealisierte Bild mit den Lehrpersonen. Pythagoras oder Passé Simple gehen vergessen, gute (und schlechte) Lehrer prägen einen fürs Leben. Auch ihre Stellung wird durch die zusehends verengten Corona-Debatten rund um die Schule untergraben. Ob mit oder ohne Maskenpflicht – die Lehrpersonen werden auch weiterhin alles daransetzen, die Kinder altersgerecht und pragmatisch durch diese Pandemie zu begleiten. Seit zwei Jahren stellen sie sich täglich einer potenziellen Virenlast von mindestens 20 Haushalten. Statt bittere Grabenkämpfe und zunehmende Gesuche für Homeschooling verdienen sie mehr Gelassenheit und Vertrauen vonseiten der Eltern.

«Unter zehn Kindern konnte kaum eins das Abc»

Journal21, 31.12.2021, von Carl Bossard

Kriege tangieren Kinder ganz besonders. Aktuell in Afghanistan. Das grosse Leid erinnert an ein humanitäres Schicksal in der Schweiz. Es ist verbunden mit Pestalozzis kurzem Wirken in Stans. Ein Erinnerungsversuch.

«Viele [kamen] mit Hudeln, die mit Ungeziefer beladen waren, viele hager, wie ausgezehnte Gerippe, mit Augen voll Angst und Stirnen voll Runzeln der Sorge; [...] andere vom



Elend erdrückt.»¹ So schildert Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) die Ankunft der kriegsversehrten Kinder in seinem Stanser Waisenhaus. Es war Anfang Dezember 1798 – im ersten Jahr der Helvetischen Republik (1798-1803).

Die Implosion der Alten Eidgenossenschaft

Pestalozzis berührender Beschrieb kam mir bei der Lektüre eines Korrespondentenberichts aus Afghanistan in den Sinn. Die Nachricht aus dem Hindukusch wühlt auf: Millionen von Kindern hungerten; die Lage sei desolat.² Besonders erschütternd: das Bild eines unterernährten Kleinkindes, ausgemergelt und spindeldürr. Ähnliches hat wohl Pestalozzi im Nachkriegs-Mikrokosmos von Nidwalden erlebt.

Was war geschehen? Die Französische Revolution von 1789 erscheint vielen wie ein tektonisches Beben, wie ein Vulkanausbruch. Die revolutionäre Lava des politischen Umbruchs wälzt sich über den ganzen Kontinent. Napoleons Armeen haben leichtes Spiel, der Widerstand ist gering. Seine Truppen besetzen auch die Schweiz. Der rebellische Ruf von «Liberté, Egalité, Fraternité» bringt morsch Gewordenes zum jähen Einsturz. Im Frühling 1798 bricht die Alte Eidgenossenschaft zusammen. In Aarau installiert sich die Helvetische Regierung.

Elffache Übermacht

Die neue Zentralbehörde verlangt den Eid auf die Helvetische Einheitsverfassung. Die Nidwaldner lehnen ab und verwerfen sie. Vermittlungsversuche scheitern; Ultimaten werden nicht einmal beantwortet. So kommt es zur angedrohten militärischen Invasion. Am 9. September 1798 erobern und besetzen französische Einheiten unter dem Kommando von General Schauenburg den kleinen Freistaat – gegen einen zwar heroischen, aber letztlich aufreibend aussichtslosen Widerstand.

1'600 Nidwaldner kämpfen gegen eine fremde Übermacht von 17'700 Berufssoldaten. Rund 100 Franzosen und 100 Nidwaldner verlieren in den erbitterten Kämpfen ihr Leben. Weitere 300 Frauen, Männer und Kinder sterben bei den Racheakten der Okkupationsarmee. Über 330 Häuser und gegen 200 Ställe gehen in Flammen auf; fast zehn Kirchen und Kapellen werden zerstört.³ Die Gegend ist «zum grössten Teil verbrannt und verwüstet», berichtet Schauenburg. Unerhörtes Leid als Folge der Strafexpedition!

Nur ein gebildetes Volk kann mitbestimmen

Die überall greifbare Not trifft vor allem die Kinder, aber nicht nur. Die Leute hausen zum Teil in armseligen Hütten, «die sie zur üussersten noth gegen Wind und Wetter schützen». «Das Elend [der Bevölkerung] ist unbeschreiblich gross und es wächst mit jedem Tag», schildert ein Regierungsbeamter die Lage im Januar 1799. Er fügt bei: Kälte und Frost hätten die wenigen Kartoffelvorräte vernichtet. In der Not würden die Leute nun verdorbene Knollen essen, was sie krank mache.⁴

Im Rahmen des drängenden Wiederaufbaus plant die helvetische Regierung für Stans ein

¹ Pestalozzi über seine Anstalt in Stans [kurz: «Stanser Brief» von 1799] (1997). Mit einer Interpretation und neuer Einleitung von Wolfgang Klafki. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 9.; die Zitationen sind dieser Publikation entnommen.

² Jonas Roth, *In Afghanistan bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an*, in: NZZ, 24.12.2021, S. 5.

³ Vgl. Kurt Messmer, *Nidwalden 1798 – Erinnerung ist machbar*, in: <https://blog.nationalmuseum.ch/2020/09/nidwalden-1798-erinnerung-ist-machbar/> [Status: 30.12.2021]

⁴ Marita Haller-Dir (2015), «Die grösste Herzlichkeit für mein Werk fand ich bey den Kapuzinern und Klosterfrauen. Johann Heinrich Pestalozzis Zeit in Stans vom 7.12.1798 bis zum 8.6.1799», in: *Der Geschichtsfreund*, Bd. 168, S. 260f.



Erziehungs- und Armenhaus – für Kinder ab sechs Jahren. Der Umbau des Bildungswesens gehört zu den zentralen Zielen des neuen Staates. Der Auf- und Ausbau der Schulen hat höchste Priorität. Die Devise: Nur ein gebildetes Volk kann die neue Republik konkretisieren und demokratisch mitbestimmen.

Ein zuversichtliches «Ich gieng gern»

Die Aufgabe ist enorm schwierig. Gesucht wird ein Katholik; doch er lässt sich nicht finden. So fällt die Wahl auf den Protestanten und Sympathisanten der Helvetischen Republik, Johann Heinrich Pestalozzi. Ob er sich der Klippen bewusst ist? Kaum. «Ich gieng gern», konstatiert er voller Zuversicht. Am 7. Dezember 1798 zieht er ins Frauenkloster ein. Doch er trifft auf eine Baustelle; zudem ist das Gebäude «zu dem Zwecke eines Waisenhauses [mit] einer beträchtlichen Anzahl Kinder keineswegs eingerichtet».



Der Klosteranbau von 1730; Pestalozzi lebte im Erdgeschoss. (Foto: Urs Haller)

Mitte Januar 1799 wird das Waisenhaus offiziell eröffnet – mit 45 Kindern. Noch finden sich überall Schutt und Schmutz. «Der Mauerstaub füllte alle Gänge», schreibt Pestalozzi. Das «vollendete das Unbehagliche des Anfangs.» Und er ergänzt: «Ich musste im Anfang die armen Kinder wegen Mangel an Betten des Nachts zum Theil wieder heimschicken. Diese kamen dann am Morgen mit Ungeziefer beladen zurück.»

Äusserst schwierige Alphabetisierung

Schon bald betreut Pestalozzi über 80 Kinder; einzig eine Haushälterin hilft ihm. Die Aufgabe erfordert fast herkulische Kräfte. Eine pädagogische Grenzsituation! Wie anspruchsvoll sich seine Mission gestaltet, zeigt sich in der Tatsache: «Unter zehn Kindern konnte kaum eins das Abc», klagt er. «Lesen [bleibt] wahrlich ein seltenes Glück.»⁵ Und weiter: «Von anderm Schulunterrichte oder wesentlichen Bildungsmitteln der Erziehung war noch weniger die Rede.»

«Der gänzliche Mangel an Schulbildung» der Kinder entmutigt Pestalozzi nicht. Im Gegenteil! „Ich war von Morgen bis Abend so viel als allein in ihrer Mitte. [...] Sie waren bey mir, und ich war bei ihnen. Ihre Suppe war die meinige, ihr Trank war der meinige.“ Schon bald stellen sich sichtbare Erfolge ein: «Das Lernen war [den Kindern] ganz neu, und sobald

⁵ Ulrich Bräker, *Lebensgeschichte und natürliche Ebenteuer (sic) des armen Mannes im Tockenburg*, in: *Bräkers Werke in einem Band*. Berlin und Weimar 1966, S. 83ff.



einige sahen, dass sie es zu etwas bringen, so ward ihr Eifer unermüdet. Kinder, die in ihrem Leben kein Buch in der Hand gehabt [...], kamen in wenigen Wochen, dass sie mit dem grössten Interesse vom frühen Morgen bis an den späten Abend fast unablässig lernten.»

Das jähe Ende von Pestalozzis Traum

Für Pestalozzi erfüllt sich ein Traum: Arme in mitmenschlicher Verantwortung erziehen, dem «Volk im Zwilch» helfen. Darin verdichtet sich die Sehnsucht seiner erzieherischen Existenz. Doch der Traum endet jäh. Helvetische und französische Truppen brauchen die Räume als Kaserne und Militärlazarett. Am 8. Juni 1799 entzieht ihm die Regierung den Auftrag. Enttäuscht schreibt Pestalozzi: «Das waren meine Träume; ich musste Stans verlassen, da ich jetzt so nahe an ihrer Erfüllung zu seyn geglaubt habe.» Ausgelaugt folgt er der Einladung eines Bekannten und zieht sich zur Kur ins Gurnigelbad zurück. In einem langen Brief an einen Freund beschreibt und analysiert er sein kurzes Wirken in Nidwalden. Der «Stanser Brief» gilt als prägnantestes Dokument zu Pestalozzis pädagogischer Haltung und erzieherischem Denken. Zeugnis seiner humanen Energie.

Ein kleiner Nachsatz: Der Blick zurück ins erdrückende Damals macht vielleicht dankbar für heutige Massnahmen – dies in einer Welt, die auch da und dort aus den Fugen zu geraten scheint.



Pestalozzi empfängt vor dem Kloster die Waisenkinder. Es ist das einzige Bild, auf dem Schwestern mit Pestalozzi zu sehen sind. Federzeichnung von Konrad Grab, vor 1900. (Foto: ZHB Luzern, Sondersammlung)



Mit Bildung ins 21. Jahrhundert

NZZ, 10.1.2022, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Die Zürcher Bildungsdirektion (BD) blickt in die Zukunft, obwohl diese Versuche meist scheitern. Im fundierten NZZ-Artikel (22. 12. 21) werden die Massnahmen vorgestellt, um die Schülerzunahme an den Gymnasien zu meistern.

Richtig ist, vorerst nur provisorischen Schulraum zu schaffen. Aber die BD ist für die ganze Sekundarstufe II verantwortlich, und da rund 65 Prozent eines Schülerjahrgangs eine Lehre absolvieren, muss die BD auch bei den Berufsfachschulen bald neuen Schulraum bereitstellen. Die Bauten und die Infrastruktur wird der Kantonsrat durchwinken – doch alleine dadurch lässt sich das Niveau des Bildungswesens weder halten noch verbessern.

Denn guter Unterricht findet nicht ohne Lehrpersonen statt. Doch von den Lehrpersonen steht im NZZ-Artikel nichts. Welche Antwort liest sich im Artikel? Es sei eine Chance, «grundlegende Änderungen am Unterricht einzuleiten». Die Zaubermethode hierzu heisst: SOL! – «Selbstorganisiertes und selbstverantwortliches Lernen in allen Fächern».

Doch ist diese Methode für alle Lernenden erfolgreich? Als Antwort die Sicht der Neuropsychologie: Da Reifungsprozesse im Gehirn bis ins 20. Altersjahr andauern, sind bei Jugendlichen nach Professor Meyer der Universität Zürich wichtige «Funktionen, nämlich Hemmung, Planung und Handlungskontrolle, ausser Kraft» gesetzt. «In der Folge werden sie häufig wie Erwachsene angesehen und auch dementsprechend behandelt. Man fordert eine Reife von ihnen ein, die sie aufgrund ihrer unreifen, im Umbau befindlichen Gehirne nicht haben.»

Übertragen auf eine Bergtour hiesse dies: Die Klasse versucht einzeln ohne Lehrperson und ohne Hilfestellung den Gipfel (Lernziel) zu erreichen. Dass dies für die Mehrheit der Lernenden nicht zu verantworten ist, scheint klar – aber es ist billiger, wenn die Lehrperson fehlt.

Wir brauchen in der Zukunft keine Schule nach dem Prinzip «free solo», wir brauchen in den Schulen vor allem mehr gut ausgebildete und motivierte Lehrerinnen und Lehrer.

Armin Tschenett, Meilen

Kinder sollen in Kitas Deutsch lernen

NZZ, 5.1.2022, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Die Stadt investiert in die sprachliche Frühförderung

Zürich ist eine vielsprachige Stadt. Aber wer kein Deutsch spricht, hat es trotzdem schwer: in der Schule nämlich. Jedes dritte Kleinkind spricht zu wenig oder gar kein Deutsch und braucht deshalb sprachliche Förderung. Bei 40 Prozent ist Deutsch die Zweitsprache. Das zeigt eine im Auftrag der Stadt erstellte Studie.

«Mehrsprachigkeit ist etwas Tolles, aber ohne Deutsch wird es schwierig», sagt die Projektleiterin Andrea Kammerer vom Zürcher Schuldepartement. «Ein früher Rückstand verfolgt Kinder ein ganzes Schulleben lang.» Darum investiert die Stadt in die sprachliche Frühförderung. Seit einem Jahr läuft das Programm «Gut vorbereitet in den Kindergarten» in der ganzen Stadt. 134 Kindertagesstätten (Kitas) und 428 geförderte Kinder sind Teil davon. Diese Zahlen sollen künftig noch gesteigert werden, wie die Stadt am Dienstag mitteilte. «Wir fördern vor allem Kinder von weniger wohlhabenden Eltern, die sich später keine Nachhilfe leisten können», sagt Kammerer. Das Programm soll nebenbei aber auch



generell die Qualität in Kitas erhöhen – und so allen Kindern zugutekommen.

Fragebogen für die Eltern

Alle Zürcher Eltern erhalten eineinhalb Jahre vor dem Eintritt in den Kindergarten einen Fragebogen. Damit werden diejenigen Kinder ausfindig gemacht, die wenig mit Deutsch in Kontakt kommen. Deren Eltern werden mit den klassischen Mitteln der Schulbehörden informiert: Elternbrief, Elternabend, Elterntelefon. Das Ziel: Die Kinder sollen mindestens drei Halbtage pro Woche eine Kita besuchen, in der ihre Deutschkenntnisse gezielt verbessert werden. So dass sie beim Eintritt in den Kindergarten – zumindest sprachlich – auf einem guten Stand sind.

«Fast wie Zauberei» sei es, wenn ein Kind dank der Förderung plötzlich Fortschritte mache, sagt Andrea Kammerer. Dabei ist das Ganze weniger Zauberei als Wissenschaft. Eine spezialisierte Pädagogin besucht das Kind alle zwei Wochen, macht mit ihm speziell entwickelte Sprachübungen und gibt ihr Wissen danach an die Kita-Angestellten weiter.

Kinder, die zu wenig Deutsch können, sollen die Sprache nicht nur hören und einzelne Brocken wiedergeben, sondern in Gespräche verwickelt werden. «Sprachbildung entsteht, wenn es Dialog gibt», sagt Kammerer. Und den müsse man gezielt fördern. Von den Techniken der Spezialisten profitierten so auch die anderen Kita-Kinder.

Teilnahme ist freiwillig

Die sprachliche Frühförderung sei ein grosser Erfolg, findet der Schulvorsteher und Stadtrat Filippo Leutenegger (fdp.). «Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zu guten schulischen Leistungen.» Gemessen am Resultat sei das Projekt zudem vergleichsweise günstig. Viereinhalb Millionen Franken hat die Stadt 2021 für Frühförderung ausgegeben. Dieses Jahr sollen es fünf Millionen sein. Ein Gutteil davon fliesst in das Projekt «Gut vorbereitet in den Kindergarten» und dessen Ausbau.

Die Teilnahme daran ist für die Eltern freiwillig und soll es auch bleiben. Obwohl derzeit von den Kindern mit Förderbedarf nur etwa die Hälfte mitmachen. «Ein Obligatorium ergibt keinen Sinn», findet Leutenegger. «Damit erreicht man nichts. Man muss die Eltern motivieren statt zwingen.» Man könne auch mit Frühförderung keine Wunder bewirken, sagt Leutenegger, gerade was Ungleichheiten innerhalb der Stadt angehe. Solche fördert die Elternumfrage im Rahmen des Frühförderprojekts nämlich auch zutage. So haben in Waidberg und am Zürichberg nur etwa 30 Prozent der Kinder Deutsch nicht als Muttersprache, während es in Schwamendingen etwa 60 Prozent sind. Dafür hat es dort wiederum mehr mehrsprachige Kinder.

Verschärfen Privatschulen die Segregation?

NZZ, 8.1.2022, International, Rudolf Hermann, Stockholm

Schweden hat vor dreissig Jahren den Bildungssektor für private Anbieter geöffnet – doch der Wettbewerb stösst zunehmend auf Kritik

Ein geordnetes Lernumfeld und ein hoher akademischer Leistungsanspruch: Das sind die ersten Versprechen auf der Website von Internationella Engelska Skolan. Die IES ist eine 1993 gegründete sogenannte freie Schule (eine mit öffentlichen Mitteln finanzierte, aber privat geführte Schule), und inzwischen gehört sie zu den grössten und wichtigsten ihrer Art in Schweden. Wenn sie vorab mit Ordnung im Klassenzimmer und Wissensvermittlung wirbt, bedeutet das implizit, dass sie sich gerade hiermit von anderen, vor allem öffentlichen Schulen abheben will. «Wo Lehrer unterrichten können und Schüler lernen», heisst



entsprechend ein Slogan, mit dem sich die IES präsentiert.

Das Rezept scheint anzukommen. Aus bescheidenen Anfängen in einer südlichen Vorstadt Stockholms ist ein Unternehmen geworden mit heute landesweit mehr als 40 Schulen, etwa 30 000 Schülerinnen und Schülern und um die 2500 Lehrpersonen. Und es könnten noch viele mehr sein, denn die Wartezeiten, um an einen der begehrten Plätze an der IES zu kommen, sind enorm. Es ist kaum übertrieben, zu sagen, dass Eltern ihr Kind am besten gleich nach der Geburt anmelden, wenn sie es später auf eine IES-Primarschule schicken möchten. Von beträchtlicher Zugkraft dürfte dabei sein, dass an der IES Englisch nicht nur Fremdsprache, sondern zu einem bedeutenden Teil auch Unterrichtssprache ist.

Risikokapitalisten am Ruder

Nicht solcher Erfolge wegen jedoch war die IES in den vergangenen Jahren wiederholt in den Schlagzeilen. Vielmehr sorgte sie wegen ihrer Eigenschaft als gewinnorientiertes Unternehmen für Aufsehen. Zu reden gab insbesondere, dass das Gründerpaar Barbara und Hans Bergström 2012 einen amerikanischen Aktienfonds als Investor an Bord holte. Vier Jahre später ging die IES-Gruppe in Stockholm an die Börse. Fast noch grösser war der Aufschrei, als vor rund einem Jahr ein Risikokapitalfonds eine Aktienmehrheit an der IES erwarb und das zum Konzern angewachsene Unternehmen wieder dekotieren liess. Ein mit öffentlichem Geld ausgestattetes Bildungsunternehmen als Subjekt der Finanzspekulation – das war für manche linke Politiker von Anfang an schwer verdaulich gewesen. Doch dass es fortan Risikokapitalisten sein würden, die die Gewinne einstreichen, überspannte den Bogen aus ihrer Sicht vollends.

Tatsächlich sind es Steuergelder, die in Schweden in die Privatschulen fliessen. Das System ist nämlich so, dass die Schülerinnen und Schüler, die sich an den freien Schulen einschreiben, einen Rucksack voll Geld mitbringen. Es ist ein finanzieller Gutschein, den der schwedische Staat für den Bildungsweg eines jeden Kindes bereithält und den man sowohl bei einer öffentlichen als auch bei einer privaten Schule einlösen kann. Im Gegenzug dürfen freie Schulen kein Schulgeld erheben. Als die Schulreform geplant wurde, war das Ziel des Gutscheinsystems, allen die freie Schulwahl zu ermöglichen, unabhängig von den finanziellen Voraussetzungen der Eltern. Es ist ein System, das dem schwedischen Egalitätsprinzip entspricht und das die Ungleichheiten vermeiden wollte, die man vor allem in angelsächsischen Systemen mit elitären Privatschulen und einem oftmals vernachlässigten öffentlichen Bildungssektor sieht. Eine «gleichwertige Schule für alle» ist ein leitendes Prinzip im schwedischen Bildungswesen.

Kritiker allerdings sehen das Gutscheinsystem heute pervertiert. Tatsächlich existiert angesichts der Warteschlangen bei der Aufnahme an beliebten Schulen – allein bei der IES sollen es rund 230 000 Kinder sein – die freie Schulwahl nur noch auf dem Papier. Es profitieren bildungsnahe Familien, die sich schon früh mit der Schulfrage beschäftigen und nie den Wohnort wechseln. Wer sich jedoch erst spät zu interessieren beginnt, umziehen muss oder neu nach Schweden gekommen ist, dessen Kinder haben das Nachsehen.

Sten Svensson, ein früherer Lehrer und Gewerkschafter und heute eine prominente linke Stimme in der Diskussion um das schwedische Schulwesen, wirft freien Schulen vom Typ IES das Rosinenpicken vor. «Diese Schulen schnappen sich «einfache» Schülerinnen und Schüler, also Kinder, die auf die Unterstützung des Elternhauses zählen können. Das ermöglicht es ihnen, mit weniger Lehrpersonal auszukommen als etwa eine kommunale Schule in einem sozial benachteiligten Quartier mit hohem Ausländeranteil», sagt Svensson im Gespräch. Da sei es natürlich einfacher, einen Gewinn zu erzielen, wenn man die grössten Herausforderungen des Schulwesens, etwa im Integrationsbereich, dem öffentlichen Sektor überlassen könne. «Doch wenn die guten Schüler in den privaten Bildungssektor wechseln, geraten dadurch die weniger attraktiven öffentlichen Schulen in



eine Abwärtsspirale», erklärt Svensson.

Bei der IES wehrt man sich gegen den Vorwurf der Rosinenpickerei. In der Zeitung «Dagens Nyheter» schrieb die Gründerin Barbara Bergström unlängst, der Anteil von Schülern mit ausländischen Wurzeln liege bei den IES-Grundschulen gesamthaft bei 41 Prozent und erreiche an einzelnen Schulen 80 Prozent (im öffentlichen Sektor liegt der Durchschnitt bei 26 Prozent, das Maximum an einzelnen Schulen jedoch bei praktisch 100 Prozent). Und etwa in Stockholm lägen alle Grundschulen in Vierteln, die laut der städtischen Statistik sozioökonomisch in der unteren Hälfte angesiedelt seien. Bergström argumentiert, dass ihre Schulen gegenüber dem öffentlichen Sektor effizienter seien, weil sie pro Schule mehr Schüler hätten und den Staatsbeitrag deshalb effizienter einsetzen könnten. Und dass sie für bildungsorientierte Eltern attraktiver seien, weil man explizit einen Fokus auf Ordnung und Lernerfolg lege, im Unterschied zum kommunalen Sektor mit seinem allgegenwärtigen «pädagogischen Progressivismus».

Der Pisa-Schock

Letztgenannter Punkt betrifft eine Diskussion, die die Auseinandersetzung um das Gutscheinsystem überlagert und ebenfalls seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten geführt wird. Seitens gewisser Privatschulen sowie bürgerlicher Politiker und Kommentatoren wird an die Adresse der öffentlichen Schulen nämlich der Vorwurf erhoben, den schulischen Schwerpunkt von der Aufgabe der Wissensvermittlung weg auf ein diffuses und schwer messbares Konzept der Persönlichkeitsentwicklung verschoben zu haben.

Nachweisbar ist, dass Schweden in vergleichenden internationalen Erhebungen wie Pisa-Tests und ähnlichen Studien zwischen 2006 und 2018 deutlich absackte, mit Tiefpunkt 2012. Von einem Teil der Analytiker wurde dies der Schulreform zugeschrieben, und zwar mit dem Verdacht, Privatschulen stellten aus Eigeninteresse ihren Schülern «Wohlfühlzeugnisse» aus, was sich dann negativ auf das allgemeine akademische Niveau auswirke. Ein anderer Teil der Beobachter ortete den Grund hingegen nicht bei den freien Schulen, sondern bei der Lehrplanreform und der Übergewichtung der Persönlichkeitsbildung auf Kosten der akademischen Anforderungen. Bei den Pisa-Tests von 2018 schien Schweden wieder auf dem Weg nach oben zu sein. Allerdings tauchte der Vorwurf auf, dass das Resultat verfälscht sei, weil unerlaubt viele Schülerinnen und Schüler von den Tests ausgenommen worden seien. Das Bildungsministerium vermochte diese Kritik bisher nicht wirklich auszuräumen.

In jedem Fall aber hat vorab bei der politischen Linken, die derzeit an der Regierungsmacht ist, der Wind gegen das duale Schulsystem in seiner bestehenden Form spürbar gedreht. Neben dem umstrittenen Thema, ob private Profite aus einer öffentlich finanzierten Aktivität zulässig seien, ist vor allem das Zutrittssystem der Privatschulen ein Zankapfel. Kritiker sehen darin einen gefährlichen Treiber gesellschaftlicher Segregation. Der Anteil der Privatschulen sei zu gross geworden, sagt etwa der Kommentator Sten Svensson; Konkurrenz halte er im Bildungssektor nicht wirklich für eine gute Idee. Nun müsse nach Wegen gesucht werden, um das System zu verändern und den Betrieb von freien Schulen weniger lukrativ zu machen.

Keine «gleichwertige» Bildung

Anderer Meinung ist Marten Blix, Ökonom beim Stockholmer Forschungsinstitut für Industrie und Wirtschaft und Co-Autor eines Buches über die Rolle privater Akteure in öffentlich finanzierten Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Pflege. Blix stellt im Gespräch zwar nicht in Abrede, dass es Herausforderungen im Privatsektor gibt. Dazu zählt er etwa die Ausformung der Zulassungsmodalitäten, aber auch die Gefahr schlechter beziehungsweise sogar ungetreuer Betriebsführung (was bei freien Schulen tatsächlich hin und wieder vorkommt). Doch das sei eine Frage der Regulierung und Aufsicht.



«Insgesamt aber ist es dem Bildungsbereich förderlich, wenn durch eine Wettbewerbssituation Druck auf gute Führung und effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel entsteht», sagt Blix. «Und man darf durchaus die Frage stellen, weshalb einige der öffentlichen Schulen so schlecht funktionieren.»

Dass die politische Vorgabe, allen schwedischen Schulkindern eine «gleichwertige» Bildung anzubieten, derzeit nicht erfüllt wird, ist offensichtlich. Ganz egal, ob es nun um abgelegene Landgemeinden geht, die mit niedrigen Schülerzahlen kämpfen und deshalb weniger Ressourcen haben als städtische Gebiete. Oder aber um Schulen in Quartieren mit so hohem Immigrantanteil, dass allein schon der Unterricht in der Landessprache eine Herausforderung darstellt. Allerdings stellt sich beim Problem der wachsenden Segregation die Frage, ob dies eine Folge der Schulpolitik ist oder ob die Lage an den Schulen nicht einfach einen über Jahrzehnte gewachsenen Trend reflektiert, dessen Hauptursachen anderswo liegen. «Kein Schulsystem der Welt hätte mit dem Migrationsvolumen, das Schweden erlebt hat, zu Rande kommen können», sagt dazu der Ökonom Blix. Es sei falsch, den Fehler beim schwedischen dualen Ansatz zu suchen. Denn dieser funktioniere im Grundsatz gut, sofern die richtigen Bedingungen gegeben seien. «Nur ist das bisher nicht ausreichend geschehen», fügt er an.

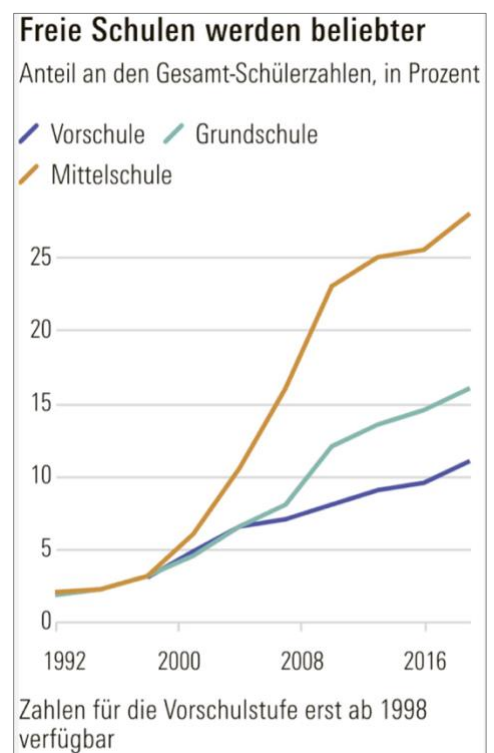
Der Bildungsexperte Svensson räumt zwar ebenfalls ein, dass die hohe Konzentration von Immigranten in gewissen Vorstadtgebieten einen Teil des Problems darstelle. Ohne die freie Schulwahl im Grundsatz anzuzweifeln, sähe er den Aktionsradius des Privatsektors allerdings gerne deutlich kleiner. Gesellschaftliche Segregation, sagt Svensson, sei zwar ein Problem mit vielen Facetten. Doch das Schulsystem, wie es heute bestehe, verschärfe es. Deshalb brauche es Gegensteuer.

So funktioniert Schwedens Schulsystem

Die obligatorische Schulzeit beträgt in Schweden zehn Jahre und gliedert sich in ein Vorschuljahr sowie je drei Jahre Unter-, Mittel- und Oberstufe an einer Grundschule. Wer die Grundschule mit festgesetzten Mindestleistungen in Schwedisch, Englisch und Mathematik abschliesst, kann die Ausbildung auf der Mittelschulstufe weiterführen, wobei sowohl ein Gymnasium nach zentraleuropäischer Auffassung als auch eine Art Berufsschule möglich ist. Landesweit verlassen rund 85 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Grundschule mit dieser «Mittelschulreife», doch gibt es Quartiere, meist mit hohem Einwandereranteil, in denen die Quote teilweise deutlich unter 50 Prozent liegt.

Die obligatorische Schulzeit kann an öffentlichen wie an privaten Schulen kostenfrei absolviert werden. Der Staat richtet jeder Schule pro Schüler einen Betrag aus. Die Schulen unterliegen einer staatlichen Aufsichtsbehörde, die Schulführung, Lernumfeld und Lehrplaneinhaltung überwacht sowie die Qualitätskontrolle verantwortet.

Derzeit halten die sogenannten freien Schulen (öffentlich finanzierte Privatschulen) einen Anteil von 16 Prozent der Schülerschaft im Grundschulbereich und 30 Prozent bei den Mittelschulen (siehe Grafik). Schulträger können ideell oder religiös motivierte Vereinigungen, aber auch gewinnorientierte Unternehmen sein.





Warum der Run auf Privatschulen?

NZZ, 14.1.2022, Meinung & Debatte, Leserbriefe

In Schweden erhält man für die Kinder Bildungsgutscheine vom Staat, einlösbar sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Schulen («Verschärfen Privatschulen die Segregation?», NZZ 8. 1. 22). Letztere erleben einen grossen Andrang; oft erfolgen Anmeldungen schon nach Geburt eines Kindes, aber die erhoffte Chancengleichheit bleibt Illusion. Einige Analytiker seien der Meinung, es gebe eben dort «Wohlfühlzeugnisse».

Das Hauptargument der Eltern lautet jedoch anders, und verschiedene Stellen im Bericht reden Klartext. Die Privatschulen mit starkem Gewicht auf der englischen Sprache werben mit dem Slogan: «Wo Lehrer unterrichten können und Schüler lernen». Der Fokus werde auf Ordnung und Lernerfolg gelegt; bei den öffentlichen Schulen hingegen herrsche nach der Lehrplanreform eine Übergewichtung der Persönlichkeitsbildung mit einem «diffusen und schwer messbaren Konzept auf Kosten der akademischen Anforderungen».

Da zeigen sich Parallelen zur Schweiz. Ein grosser Teil der Eltern und Lehrkräfte findet auch hier den neuen Lehrplan 21 mit seinem selbständigen Lernen ungeeignet. Dieser wurde in Volksabstimmungen nur angenommen, weil man sich dessen Auswirkungen gar nicht vorstellen konnte. Viele Kinder sind damit völlig überfordert.

Was sie brauchen, ist ein solider Grundstock vorab an Sprache und Mathematik und eine Lehrperson, welche nicht nur als «Coach» fungiert, sondern die Klasse klar führt und ohne Gewissensbisse auch frontal unterrichten darf. Zudem sollten unbedingt wieder Kleinklassen eingeführt werden. Die Integration sämtlicher Kinder mit Verhaltensstörungen oder besonderem Förderbedarf in Normalklassen funktioniert aus verschiedenen Gründen nicht.

Das zeigt die wachsende Zahl von Klassenassistenten, welche notfallmässig nötig wurden, um einen einigermaßen geordneten Betrieb überhaupt aufrechterhalten zu können. Hoffentlich veranlasst der Artikel die Verantwortlichen in der Schweiz, über die Bücher zu gehen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Ein Jahr Wartezeit für eine Therapie

Tages-Anzeiger, 6.1.2022, Schweiz, Alessandra Paone

Logopädinnen verzweifelt gesucht Allein auf der Stellenplattform des Logopädenverbands sind über 80 Inserate aufgeschaltet. Um das Problem zu lösen, fordern Fachverbände zusätzliche Studienplätze.

Ein halbes Jahr lang hat Rachèle Schlecht eine Logopädin gesucht. Als die Leiterin der Schule Mühleberg im Kanton Bern erfährt, dass die bisherige Stelleninhaberin ein Kind erwartet, wird sie sofort auf allen Kanälen aktiv. Sie schaltet ein Inserat auf der Stellenplattform des Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverbands (DLV), fragt im Bekanntenkreis nach, bittet die Eltern der Schüler, Augen und Ohren offen zu halten, und klopft bei der Nachbargemeinde an. Niemand meldet sich.

Bis im Oktober des letzten Jahres. «Ich hatte die Hoffnung bereits aufgegeben», sagt Schlecht. Nach anfänglichem Zögern sagt eine Logopädin schliesslich zu. Allerdings übernimmt sie nur acht der bisher 16 angebotenen Lektionen.

Thomas Ruppanner hat ähnliche Sorgen. Er leitet den Bereich Bildung an der Schule Wetzikon im Kanton Zürich und sagt: «Wir versuchen, die Stellen so flexibel wie möglich



auszuschreiben. Doch es meldet sich oft niemand.» Schon seit mehreren Jahren falle es der Schule schwer, die freien Stellen zu besetzen. Als Alternative kaufe man extern Leistungen bei freischaffenden Logopädinnen und Logopäden ein. Wetzikon hat 600 Stellenprozent zur Verfügung, die auf die insgesamt sechs Schulhäuser verteilt werden. Pro Standort arbeiten eine bis zwei Logopädinnen. Derzeit werden zwei Logopäden gesucht.

Berufsverband schlägt Alarm

Die Erfahrungen von Mühleberg und Wetzikon spiegeln sich auf der Stellenplattform des Berufsverbands wider: Aktuell sind dort über 80 Inserate aufgeschaltet - gesucht wird Personal für den schulischen und klinischen Bereich. Logopädinnen bieten Therapien für Menschen mit Schwierigkeiten beim Sprechen, Verstehen, Lesen, Schreiben, Schlucken oder mit der Stimme. Also für den Vierjährigen, der nicht verstanden wird, weil er nur sehr wenige Wörter sprechen und sehr viele Laute noch nicht bilden kann. Aber auch für die 80-jährige Frau, die wegen eines Schlaganfalls nicht mehr schlucken und tagelang nichts essen oder trinken kann, da sie sonst eine Lungenentzündung bekommen könnte.

Der DLV schlägt schon seit längerem Alarm. Am europäischen Tag der Logopädie im März 2020 lancierte er einen Aufruf und warb aktiv für den Beruf. «Es herrscht ein grosser Mangel - und zwar schweizweit», sagt denn auch Vizepräsidentin Edith Volmer. Das Amt für Statistik erfasst die Zahl der Logopädinnen und Logopäden in der Schweiz nicht. Daher gibt es keine genauen Angaben darüber, wie viele es aktuell effektiv sind. Der DLV zählt rund 2300 Mitglieder. Bei den analogen Verbänden in der Romandie und der italienischen Schweiz sind jeweils circa 1000 Mitglieder angeschlossen.

Als Lösung für das Problem fordern der Dachverband und die Kantonalverbände zusätzliche Ausbildungsplätze. Sie haben ihr Anliegen schon mehrfach auf politischer Ebene eingebracht. Es müssten jedes Jahr Bewerberinnen und Bewerber abgewiesen werden, sagt Volmer. In der Zentralschweiz, wo die Situation besonders prekär ist, hat der Druck gewirkt. Ab nächstem Studienbeginn haben Interessierte aus der Innerschweiz die Möglichkeit, ein dezentrales Angebot der Hochschule für Heilpädagogik in Luzern zu nutzen.

In der Deutschschweiz kann man sich ausserdem an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz, an der Universität Freiburg, der Schweizerischen Hochschule für Logopädie in Rorschach und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich zur Logopädin oder zum Logopäden ausbilden.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz denkt bereits über eine Erhöhung der Studienplätze in Logopädie nach. «Wir sind mit den Trägerkantonen dabei, nach geeigneten Lösungen zu suchen», sagt Sprecher Marc Fischer. 2010 wurde der Durchführungsrhythmus des Studiengangs Logopädie erhöht. Seither findet dieser alle zwei Jahre mit jeweils 30 Studienplätzen statt. Der Studiengang sei jeweils komplett ausgelastet, sagt Fischer.

Komplexere Fälle, mehr Druck

Doch warum hat sich die Lage derart zugespitzt? Volmer hat dafür gleich mehrere Erklärungen: «Zum einen sind die Schülerzahlen in den letzten Jahren gestiegen. Zum anderen gingen die sogenannten Babyboomer in Pension.» Die DLV-Vizepräsidentin beobachtet aber auch, dass die Sprache an Relevanz gewonnen habe. Die Anforderungen in der Schule seien höher als früher. «Wer eingeschränkte sprachliche Kompetenzen hat, die nicht logopädisch erkannt und therapiert werden, ist auch in der schulischen Entwicklung beeinträchtigt.»

Pia Matéfi war 38 Jahre lang Logopädin in Muttenz im Kanton Baselland. Inzwischen ist sie pensioniert, als Co-Präsidentin des Logopädenverbands der Region Basel aber noch



immer stark in der Branche verankert. Sie hat erlebt, wie sich der Beruf verändert hat. In den letzten Jahren habe die Wissenschaft viel über Sprachstörungen geforscht, sagt sie. Die Erkenntnis, dass das Sprachverständnis für den Lernerfolg wichtig sei, sei relativ neu.

Zudem seien früher zum Beispiel Kinder mit einer auditiven Schwäche - also Kinder, die Schwierigkeiten haben, Laute wahrzunehmen - nicht erkannt worden. «Sie galten dann je nachdem als nicht so intelligent.» Durch die komplexeren Sprachstörungen habe auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit mehr Gewicht bekommen.

Seit der Einführung der integrativen Schulung haben Logopädinnen und Logopäden ausserdem vermehrt mit Kindern und deren Störungen zu tun, die zuvor in Sonderschulen therapiert wurden. «Dafür braucht es heute im ambulanten Bereich ein breiteres Fachwissen als früher», sagt Matéfi.

Die unbesetzten Stellen, die Komplexität der Fälle und oft auch die knappe Anzahl Lektionen, die eine Gemeinde für die Logopädie zur Verfügung stellt, wirken sich zwangsläufig auf die Wartefristen aus: Kinder müssen sich teilweise bis zu einem Jahr gedulden - wobei diejenigen mit schwerwiegenden Störungsbildern in der Regel vorgezogen werden. Dies bestätigen mehrere Logopädische Dienste, die diese Zeitung kontaktiert hat. Aus Angst vor Problemen mit der Gemeinde wollte jedoch niemand öffentlich Stellung nehmen.

Logopädinnen und Logopäden haben ein Imageproblem

Die schwierigen Arbeitsbedingungen machen den Beruf unattraktiv. «Die Belastung etwa durch die langen Wartelisten und die Verantwortung sind teilweise gross, die Aufstiegsmöglichkeiten jedoch gering», sagt Pia Matéfi. Eine Logopädin, die anonym bleiben möchte, drückt es so aus: «Die Arbeit ist auf wenige Schultern verteilt, der Druck entsprechend riesig.» Und: «Es ist ein klassischer Frauenberuf - und wird als solcher schlechter bezahlt.» Tatsächlich sind Männer in der Minderzahl. Aus familiären Gründen arbeiten die allermeisten Logopädinnen im Teilzeit-Pensum.

DLV-Vizepräsidentin Volmer kennt die Sorge um die knappen zeitlichen Ressourcen aus internen Umfragen. «Doch auch das Image der Logopädie ist ein Problem», sagt sie. Das Klischee, dass Logopädinnen und Logopäden nur lispelnde und stotternde Kinder behandelten, halte sich leider hartnäckig. Umso wichtiger sei es deshalb, die Breite des Berufs aufzuzeigen und dadurch auch Männer für die Ausbildung zu gewinnen.

Zum Thema Lohn möchte der Dachverband keine Angaben machen, da dieser kantonal sehr unterschiedlich sei. «Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass eine Logopädin im Schulbereich besser bezahlt wird als eine, die mit Erwachsenen arbeitet», sagt Volmer.

In Basel-Stadt gingen die Logopädinnen und Logopäden 2019 auf die Strasse; sie protestierten dagegen, dass sie bei der kantonalen Überprüfung der Lohnreihungen 2015 um eine Lohnklasse heruntergestuft worden waren. In den meisten Kantonen sind sie den Primarschullehrern gleichgestellt.

Die Basler Logopädinnen und Logopäden waren in ihrem Kampf erfolgreich; die Regierung hat ihre Lohnklasse rückwirkend angepasst. Und es wird vermutlich nicht der letzte Aufstand dieser Berufsgruppe sein. Nur, wie viele werden daran noch teilnehmen? Pia Matéfi war über all die Jahre hinweg gerne Logopädin, und sie würde den Beruf sofort wieder wählen - wenn sie nicht wüsste, dass man jahrzehntelang für dieselben Anliegen kämpft und sich dann doch nicht viel ändert.



Hochschulen können den Heilpädagogen-Mangel nicht im Alleingang beheben

Bildung Schweiz, 12/2021, Anna Walser

Während die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Studierende abweisen muss, sieht sich die PH Luzern mit der Aufgabe konfrontiert, jährlich mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Um die Situation an den Schulen zu verbessern, braucht es aber mehr als das. Zwei Hochschulvertretende schildern die Gründe.

Für den Master in Schulischer Heilpädagogik an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) gibt es klare Zulassungskriterien: Neben einem abgeschlossenen Studium im pädagogischen Bereich oder einem verwandten Beruf muss mindestens ein Jahr Berufserfahrung – ebenfalls im pädagogischen Bereich – vorgewiesen werden. Ein im Rahmen des Studiums absolviertes Praktikum reicht nicht. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist der Studienplatz allerdings noch nicht garantiert. Denn an der HfH gibt es nicht für alle Interessierten Studienplätze. Gleichzeitig gibt es seit Jahren einen Mangel an Schulischen Heilpädagogen. – Wie passt das zusammen?

Beruf wird noch anspruchsvoller

«Bei uns gibt es eine Kontingentierung der Studienplätze», sagt Barbara Fäh, Rektorin der HfH. Diese werden unter den 13 Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein, die die HfH gemeinsam tragen, aufgeteilt. Die Anzahl Studienplätze variiert von Kanton zu Kanton. «Jeder Kanton hat aber die Möglichkeit, weitere Studienplätze zu finanzieren», sagt Fäh. Der Kanton Zürich finanziert beispielsweise jährlich doppelt so viele Plätze, als ihm zugeteilt seien. Damit kann Zürich auch doppelt so viele Studierende ausbilden lassen. «Gleichzeitig steigen die Zahlen der Schülerinnen und Schüler in allen Kantonen», sagt sie. Doch: Die Kontingentierung der Studienplätze folge leider nicht der steigenden Anzahl Schülerinnen und Schüler.

Eine Pensionierungswelle und zu wenig attraktive Anstellungsbedingungen verschärfen zusätzlich den Mangel an Schulischen Heilpädagogen. Dabei geht es nicht nur um den Lohn: Von guten Anstellungsbedingungen könne gesprochen werden, wenn Schulische Heilpädagoginnen gemeinsam mit der Schulleitung und im Kollegium das Schulsystem zum Wohle aller Kinder mitgestalteten. «Oftmals werden sie aber nur punktuell in einer Vielzahl von Klassen oder gar an mehreren Schulhäusern eingesetzt», so Fäh. Dies mache den ohnehin schon sehr anspruchsvollen Beruf noch anspruchsvoller, weil sich die Schulischen Heilpädagoginnen an unterschiedlichste Settings, Lehrpersonen und Kulturen gewöhnen müssen.

Wie dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann, ist eine Frage, mit der man sich an der HfH wiederholt auseinandergesetzt hat. Kernfrage ist laut Fäh: Wie kommen die Kompetenzen, die es im Schulsystem braucht, in dieses hinein, aber auch zum einzelnen Kind? Dafür brauche es gut ausgebildete Fachleute mit einem Masterstudium. «Wir sind überzeugt, dass sonderpädagogische Kompetenzen kontinuierlich entwickelt werden müssen. Dafür steht unser Laufbahnmodell», sagt Fäh. Mit diesem sei es schon Lehrpersonen möglich, erste, an ein späteres Studium anrechenbare Module zu Schulischer Heilpädagogik zu besuchen und so spezifisches Wissen aufzubauen, zum Beispiel wenn sie in ihrer Klasse ein Kind mit einer Sehbeeinträchtigung hätten.

Alle Player sind in der Verantwortung

Dass die Hochschulen die Attraktivität des Studiengangs mit flexibleren Zugängen erhöhen, findet Thomas Müller sinnvoll. Der Co-Leiter des Studiengangs Schulische Heilpädagogik an der PH Luzern hat im Rahmen eines Forschungsprojekts den Fachkräftemangel in der Zentralschweiz untersucht. Er wollte herausfinden, weshalb es zwischen den Zentralschweizer Kantonen Unterschiede in der Quote an ausgebildeten Heilpädagoginnen



und Heilpädagogen gibt und wie Quoten gesteigert werden können. Die Ergebnisse der Arbeit sollen dazu beitragen, dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken. Sie werden deshalb Anfang 2022 Verantwortlichen aus dem Bildungssektor vorgestellt.

Mit BILDUNG SCHWEIZ sprach Müller bereits über die Gründe für den Mangel und über Lösungsansätze. «Ich machte rund 30 Faktoren aus, die Auswirkungen auf den Fachkräftemangel haben. Es wäre falsch, die Problematik an nur einem Faktor festzumachen.» Zudem gebe es verschiedene Player in diesem Feld: die Schulleitungen, die Kantone, die Ausbildungsstätten und die Studierenden. «Wir können nicht an einem einzelnen Ort ansetzen und damit das Problem lösen», sagt Müller.

An verschiedenen Orten ansetzen

Die Attraktivität des Studiengangs ist gemäss Müller ein wichtiger Faktor. Entscheidend dabei: «Ein hoher Praxisbezug wurde von den befragten Personen als besonders bedeutsam eingeschätzt.» Aber auch die Möglichkeiten zur individuellen Vertiefung sowie zur Flexibilisierung des Studiums seien stark positiv gewichtet worden.

Dies seien Faktoren, welche die Hochschule beeinflussen kann. Doch Müller sieht auch andere in der Pflicht. Die Rahmenbedingungen würden sich von Kanton zu Kanton, ja sogar von Schule zu Schule unterscheiden. Unterschiede zeigten sich schon darin, wie stark Personen im Arbeitsfeld der Schulischen Heilpädagogik zu einer entsprechenden Ausbildung animiert beziehungsweise verpflichtet würden. Bei den Belastungen im Studium, überlegt Müller, könnten Arbeitgeber arbeitstätige Studierende unterstützen: «Dies kann finanzieller, aber auch organisatorischer Natur sein.» Wenn die Schulleitung nur schon die Organisation von Stellvertretungen bei studienbedingten Absenzen übernehme, wirke dies gemäss den Umfrageergebnissen stark entlastend. Hinzu kämen weitere Faktoren, die bereits von der Aufnahme des Studiums abhalten, wie zum Beispiel das Ausmass der Belastung in der Ausbildung. «Gerade studieninteressierte Personen, die noch an einem Lehrerseminar die Ausbildung zur Lehrperson absolviert haben, fürchten sich vor einem Hochschulstudium und der damit verbundenen Masterarbeit», erklärt Müller. Sie zweifelten daran, das Studium zu schaffen. Als weiterer Hinderungsgrund wurden die bereits erwähnten Zulassungsbeschränkungen genannt.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen

Für seine Arbeit berechnete Thomas Müller, wie viele Studierende aus der Zentralschweiz es bräuchte, um den Bedarf zu decken. «Grob geschätzt bräuchten wir doppelt so viele Studierende, wie es derzeit sind», sagt Müller. Deshalb sei es umso erfreulicher, dass die Studierendenzahlen an der PH Luzern im Master Schulische Heilpädagogik in den vergangenen Jahren enorm gewachsen seien. «Wir haben viel gemacht, um den Studiengang attraktiver zu gestalten.» Nun gelte es, jährlich mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, damit man der Nachfrage entsprechen könne.

Nicht alle erhalten einen Platz

Mit vielen Anmeldungen hat auch die HfH zu kämpfen. «Oft könnte man fast jeden Studienplatz doppelt belegen», führt Fäh aus. Dann spielen neben den eingangs erwähnten Zulassungskriterien die Kantonszugehörigkeit und das Alter eine Rolle, ob jemand aufgenommen wird oder nicht. «Wir haben Quoten, wie viele Personen wir pro Altersgruppe aufnehmen», erklärt Fäh. Sie gibt zu bedenken, dass solche Kriterien nicht unbedingt dazu führen, dass jene, die sich am besten eignen, einen Studienplatz erhalten. «Wir entwickeln nun ein Aufnahmeverfahren, das sich an Kompetenzen orientiert.»

Barbara Fäh und Thomas Müller sind sich aber einig, dass die Hochschulen das Problem nicht allein lösen können.

«Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert?»

Zeit-Fragen, 28.12.2021, von Eliane Perret

Zu Beat Kisslings kritischer Auseinandersetzung mit aktuellen Schulkonzepten

«Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert?», so der Titel eines neuerschienenen Buches, das zu einer differenzierten Diskussion über dieses Thema einlädt, es aber viel weiter fasst als bisher üblich und grundsätzliche Fragen zur Bildung einbezieht. Beat Kissling, Erziehungswissenschaftler, Lehrer und Psychotherapeut, gibt uns in seinem Buch die Grundlagen dazu. Es ist deshalb eine Perle für jeden, der sich nicht im Dschungel eines Schlagabtauschs verirren will. Und es ist ein Buch, das sich reflektiert engagiert – für jedes einzelne Kind und den Auftrag der Schule.

In seiner Einleitung gibt der Autor Einblick in die Biographien von Menschen, die eine gelungene oder missglückte Integration erleben. Damit wird bereits ein Licht auf die Komplexität der Frage geworfen, die stets der Individualität, dem Beziehungsnetz und den Lebensumständen des Betroffenen gerecht werden muss. Nach dieser Anteil nehmenden Einstimmung aufs Thema nimmt der Autor den Leser mit auf einen geschichtlichen Exkurs über die Entstehung eines spezialisierten Sonderschulwesens, stellt dessen Wende hin zur Integration und Inklusion im Rahmen der internationalen Konventionen dar und diskutiert den meist unbekanntem, in diesem globalen Rahmen jedoch enthaltenen Handlungsspielraum. An konkreten Beispielen zeigt der Autor, wie Integration und Inklusion umgesetzt werden und welchen Anforderungen, damit verbundenen Problemen und kritischen Einwänden Rechnung getragen werden muss. Dabei kommen nicht nur renommierte Wissenschaftler zu Wort, sondern auch direkt betroffene ehemalige Sonderschüler. Auch hier wiederum ist das Anliegen des Autors spürbar, dass ein sachlicher, von menschlichen Werten getragener Dialog die heutige, von Polemik geprägte Diskussion ablösen soll – im Interesse des Kindes.

Spezielle Aufmerksamkeit verdient das anthropologische Kapitel, in welchem der Autor den heutigen Forschungsstand für erfolgreiches Lernen differenziert darlegt. Es geht dabei nicht nur um spezifische Grundlagen zum Lernen mit Kindern und Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf, sondern um Lernprozesse ganz allgemein, denn wie am besten gelernt wird, stellt sich als Aufgabe in allen Schulformen und allen Altersstufen. Einen speziellen Stellenwert bekommt dabei die Bindungsforschung, womit der Autor die Ergebnisse der Hattie-Studie wertvoll ergänzt. Mit diesem anthropologischen Teil hebt sich das Buch wohltuend ab von vielen Neuerscheinungen, die diesbezüglich zu wenig in die Tiefe gehen. Es ist naheliegend, dass sich dem Leser bei der Lektüre Fragen nach den heute üblichen individualisierenden Unterrichtsformen und Lernarrangements stellen, die sich aktuell (in einer Schulreformkaskade) zu etablieren scheinen. Dies zu Recht, denn sie genügen den Qualitätsansprüchen kaum, gemessen am im Buch dargelegten weltweiten





Forschungsstand.

Aus den anthropologischen Grundlagen ergeben sich auch Anforderungen an das Rollenverständnis und den Aufgabenbereich von Lehrerinnen und Lehrern, die weit über das schlichte Vermitteln von Lernstoff oder Bereitstellen von Lernumgebungen hinausgehen. Der Autor konkretisiert diesen Problemkreis an eindrücklichen Beispielen aus der Schulpraxis und greift auf seine eigenen Unterrichtserfahrungen und die authentischen Schilderungen von Schülerinnen und Schülern zurück.

Was sind nun Gelingensbedingungen für eine geglückte Integration, um auf die Frage im Titel des Buches zurückzugreifen? Die bis dahin dargelegten wissenschaftlichen Erkenntnisse geben bereits Antworten und legen das Fundament für die folgenden Kapitel. Der Autor analysiert nun exemplarisch Beispiele aus Literatur und Film, die zeigen, wie der Werdegang eines Kindes durch die Persönlichkeit und Beziehung zur Lehrperson geprägt wird, und er beschreibt Schulversuche von Pionieren in Psychologie und Pädagogik (wie sie beispielsweise die Individualpsychologie hervorbrachte), in denen Integration gelebt wurde. Beim Lesen klingen unmittelbar eigene positive, aber auch negative Schulerlebnisse an, und man kommt nicht umhin, bisherige Perspektiven zu überdenken. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Autors zum «Dialogischen Lernen», mit dem der Lernstoff in gemeinsamer Auseinandersetzung erarbeitet und gelernt wird – eine Lernform, die seit einiger Zeit vor allem im angloamerikanischen Raum Eingang gefunden hat und dort bisherige missglückte Reformexperimente ablöst. Mit dieser Unterrichtsform sind die heute vielfach geforderten «überfachlichen Qualitäten» wie Empathie, Team- und Kritikfähigkeit verbunden. Sie müsste auch bei uns einen zentralen Stellenwert in (heil-)pädagogischen Studiengängen bekommen! So trägt auch dieser Teil des Buches zu einer differenzierten Sicht bei, welche Faktoren einen gelungenen Lernprozess möglich machen.

Schliesslich kommt der Autor zu Schlussfolgerungen, die sich wiederum durch wissenschaftliche Genauigkeit, pädagogischen Weitblick und menschliche Sorgfalt auszeichnen, aber hier nicht vorweggenommen werden sollen.

Das Buch sei darum jedem zur Lektüre empfohlen, der die Vorstellung einer «zukunftsfähigen Schule» und einer echten «Bildung für alle» mit Inhalt füllen will. Es ist einerseits eine Fundgrube an neuen, wissenschaftlichen Erkenntnissen, andererseits stellt es immer den Bezug zur stets anspruchsvollen pädagogischen Praxis her. Dann aber ist es – und das ist entscheidend – getragen von einer pädagogischen Grundhaltung, die sich einem personalen Menschenbild verpflichtet fühlt. Damit liefert das Buch Grundlagen für eine Diskussion, nicht nur zur Frage von Integration und Inklusion, sondern zu Fragen von Schule und Bildung überhaupt. Eine Diskussion, die noch ansteht und nicht bildungspolitische Strategien verfolgen darf, sondern auf dem Boden wissenschaftlicher Erkenntnisse und staatsbürgerlicher Verantwortung geführt werden muss. •

Kissling, Beat. Sind Inklusion und Integration gescheitert? Eine kritische Auseinandersetzung. Bern: Hogrefe. 2022. ISBN 978 3 456 85920 0